



www.laender-analysen.de/ukraine

**DAS BEZIEHUNGSDREIECK UKRAINE-EU-RUSSLAND
DER UKRAINISCHE BEITRAG ZUR WELTERNÄHRUNG
DIE KIEWER MOHYLA-AKADEMIE
AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN**

■ ANALYSE		
Das Beziehungsdreieck Ukraine-EU-Russland im Wandel		2
Von Andreas Umland, Kiew		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zur außenpolitischen Orientierung		5
■ ANALYSE		
Internationale Verantwortung der Getreidenationen – die Ukraine in der Pflicht		8
Von Stephan von Cramon-Taubadel, Göttingen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Getreidehandel		11
■ ANALYSE		
Die Rolle der Kiewer Mohyla-Akademie im aktuellen politischen Prozess		13
Von Andreas Umland, Kiew		
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		16
■ CHRONIK		
Vom 9. November bis 13. Dezember 2011		19

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 24. Januar 2012.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes Jahr 2012!



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Das Beziehungsdreieck Ukraine-EU-Russland im Wandel

Von Andreas Umland, Kiew

Zusammenfassung

Mit dem Amtsantritt Wiktor Janukowytschs hat sich die Ukraine verändert. Dies wird nicht zuletzt an den Entwicklungen in dem Beziehungsdreieck Ukraine-EU-Russland deutlich, die im Winter 2011/2012 an einem Scheidepunkt stehen. Die Ukraine steht vor der Wahl zwischen mehreren Zukunftsszenarien: Anschluss an die EU durch ein weitreichendes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen, Beitritt zu einer nachsowjetischen Zoll- oder politischen Union unter der Führung Russlands oder aber Fortführung der bisherigen Multivektoren- bzw. Schaukelpolitik zwischen Ost und West.

Wandel in der Innen- und Außenpolitik

Im vergangenen Jahr hat die Ukraine nach fünf Jahren relativ demokratischer, aber auch chaotischer Entwicklung im Gefolge der Orangen Revolution einen Schwenk in die entgegengesetzte Richtung vollzogen. Anfänglich wurde die Wahl eines neuen Präsidenten und dessen Konsolidierung der Exekutive 2010 von vielen Beobachtern begrüßt. Bereits im Laufe des letzten Jahres wurde jedoch klar, dass Wiktor Janukowytsch in das andere Extrem verfällt: **Die Legitimierung der Asarow-Regierung** mittels Mandatswechsler im Parlament, die damit einhergehende Ex-Post-Falsifizierung der Parlamentswahl von 2007, die Rücknahme der Verfassungsreform von 2004, die Beschränkung der Medienfreiheit (insbesondere bei der politischen Berichterstattung der wichtigsten Fernsehkanäle), die Manipulation der Regional- und Kommunalwahlen am 31. Oktober 2010, die Verhaftung prominenter Oppositionsführer, die jüngsten Querelen um die Untersuchungshaft und Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin und heutigen Oppositionsführerin Julija Tymoschenko usw. – all dies illustriert einen partiellen Regimewechsel in der Ukraine 2010/2011.

Dieser innere Wandel ging zudem mit einer Zuspitzung in den außenpolitischen Beziehungen einher. Nach zwei Jahrzehnten relativer Stagnation befinden sich die Beziehungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU nunmehr an einem Scheidepunkt. Die Ukraine als der Schlüsselstaat im geopolitischen Dreieck EU-Russland-Ukraine steht vor der Wahl zwischen mehreren Zukunftsszenarien: Anschluss an die EU durch ein weitreichendes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen, Beitritt zu einer nachsowjetischen Zoll- oder gar politischen (»Eurasischen«) Union unter der Führung Russlands oder aber Fortführung der bisherigen Multivektoren- bzw. Schaukelpolitik zwischen Ost und West.

Weder die europäische noch die russische, ja scheinbar nicht einmal die ukrainische Führung, hat bisher eine klare Idee davon, wohin die Ukraine ihre Außenbeziehungen in Zukunft ausrichten wird. Freilich hat Wiktor Janukowytsch im Laufe der letzten Monate

mehrfach erklärt, die Politik des vorherigen Präsidenten, Wiktor Juschtschenko, der eine weitestmögliche Annäherung des Landes an die Europäische Union anstrebte, fortzuführen. Jedoch stellen die erwähnten jüngeren innenpolitischen Entwicklungen die Realisierbarkeit dieses Ziels, wenn nicht die Aufrichtigkeit der europäischen Aspirationen der derzeitigen ukrainischen Führung in Frage. Janukowytsch und Ko. haben in den vergangenen Wochen nahezu täglich Absichtserklärungen zur Vertiefung der Beziehungen mit der Europäischen Union abgegeben. Nichtsdestoweniger entsteht der Eindruck, dass die neuen Machthaber in Kiew sich weder darüber im Klaren sind, welche Voraussetzungen die Ukraine hierfür erfüllen muss, noch scheinen sie eine Vorstellung davon zu haben, mit welchen Konsequenzen sich die Regierung im Falle einer Unterzeichnung und anschließenden Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU konfrontiert sehen wird.

Die EU und Russland

Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass es nicht minder gravierende Unklarheiten in der Haltung Russlands als auch der EU gegenüber der Ukraine gibt. Moskau steht vor dem Dilemma, sich zwischen seinem offenkundigen strategischen Ziel, die Ukraine für eine neue Sonderbeziehung oder sogar einen Staatenbund, wenn nicht Einheitsstaat zu gewinnen, und der Verfolgung kurzfristiger ökonomischer Interessen entscheiden zu müssen. Auf dem Höhepunkt der Gaskrise vom Januar 2009 schlossen die beiden Staatskonzerne Naftohas und Gazprom im Ergebnis von Verhandlungen zwischen den damaligen Ministerpräsidenten der Ukraine und Russlands, Julija Tymoschenko und Wladimir Putin, ein langfristiges Abkommen über Gaslieferungen ab. Dieses umstrittene Vertragswerk entspricht heute eher russischen als ukrainischen Wirtschaftsinteressen.

Die komplizierten Bestimmungen des Vertrages, den Kiew unter erheblichem Druck sowohl Moskaus als auch Brüssels im Januar 2009 in Eile unterzeichnete, führen derzeit zu einem ungewöhnlich hohen Gaspreis für die Ukraine. Es folgte zwar eine Preisreduzie-

zung infolge des Charkiwer Abkommens von 2010, in welchem die Ukraine den Pachtvertrag für den Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol verlängerte, jedoch zahlt die Ukraine auch nach diesem Preisnachlass einen Betrag, der beispielsweise denjenigen Deutschlands für russisches Gas übersteigt. Im Ergebnis einer solchen Politik desillusioniert Russland nicht nur jene vergleichsweise prorussischen Führungsschichten, die sich momentan an der Macht befinden. Auch in Teilen der Bevölkerung der Ost- und Südukraine, die bislang in ihrer Mehrzahl Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine befürwortete, beginnt sich die Stimmung zu ändern.

Brüssel wiederum hat zwar eine Vertiefung der Beziehungen mit Kiew in letzter Zeit zu einer außenpolitischen Priorität gemacht: Die EU-Führung scheint die geopolitische Bedeutung der zukünftigen Entwicklung der Ukraine erkannt zu haben. Allerdings lehnen die für die Außenpolitik verantwortlichen EU-Organe und maßgeblichen europäischen Staats- und Regierungschefs es auch weiterhin ab, der Ukraine eine auch nur unverbindliche und langfristige Beitrittsperspektive einzuräumen. Damit missachten der Rat und die Kommission der EU sowie die nationalen Regierungen nicht nur den Willen des Europäischen Parlamentes, wie er in der Resolution zur Ukraine vom 25. Februar 2010 zum Ausdruck kam. Eine solche Strategie widerspricht ebenfalls Befunden moderner Politikwissenschaft. Deren Europaforschung ist zu dem Schluss gekommen, dass ein »Zuckerbrot« in Form einer Beitrittsperspektive – und nicht nur eine »Peitsche« in Form von Androhung einer Einschränkung der Zusammenarbeit – wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Europäisierung eines posttotalitären Staates ist.

Somit steht allen drei Parteien – Russland, der EU und der Ukraine – noch bevor, ihre letztendlichen Ziele sowie langfristigen Strategien bezüglich der Zukunft Osteuropas zu definieren. Dies müsste bereits in den kommenden Monaten oder gar Wochen geschehen, da sich die Verhandlungen zum Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine dem Abschluss nähern. Die Paraphierung sowie Unterzeichnung dieses Abkommens und insbesondere der sich daran anschließende Prozess seiner Ratifizierung im Europaparlament und den Legislativen der EU-Mitgliedsstaaten dürfte erstmals die breite Öffentlichkeit Europas auf die Beziehungen zwischen Brüssel, Kiew und Moskau aufmerksam machen.

Die Rolle der neuen Ostsee-Pipeline

Mit der Inbetriebnahme der Nord Stream-Gasleitung zwischen Russland und Deutschland im November 2011 ergibt sich eine weitere Fragestellung zur künf-

tigen Gestaltung des Dreiecks EU-Russland-Ukraine. Der Effekt von Nord Stream dürfte eine nachhaltige Störung der bisherigen wirtschaftlichen Grundlagen der Beziehungen Russlands zur Ukraine sowie zu Belarus zur Folge haben. Bislang bestand eine Art ökonomisches Kräftegleichgewicht zwischen Moskau einerseits sowie Kiew und Minsk andererseits. Während Belarus und die Ukraine vollständig auf russische Gaslieferungen angewiesen waren und sind, hatte Russland Interesse am ununterbrochenen Funktionieren des Transportes von Gas nach Zentral- und Westeuropa über das Territorium der beiden »Brudervölker«.

Das wird sich mit Nord Stream zwar nicht vollständig ändern und die neue Transportmöglichkeit für das russische Gas an der Ukraine und Belarus vorbei wird auch kaum unmittelbare Konflikte zur Folge haben. Allerdings birgt Nord Stream für den Kreml die Versuchung, diesen zusätzlichen ökonomischen Hebel für eine Neudefinition seiner Beziehungen zu den zwei früheren Sowjetrepubliken zu nutzen. Bleibt zu hoffen, dass die russische Führung die angedeutete Zweischneidigkeit eines derartigen Ansatzes erkennt. Die unmittelbaren Trümpfe, die Russland durch Nutzung der Ostseepipeline für politische Zwecke erhält, könnten dem Kreml kurzfristig bedeutsam erscheinen. Die langfristigen Effekte eines Einsatzes des neuen wirtschaftlichen Druckmittels wären jedoch ähnlich ambivalent, wie im Falle der scheinbar erfolgreichen russischen Verhandlungen zu den Gaslieferungen Russlands an die Ukraine vom Januar 2009. Heute erleben die prorussischen Eliten und Bürger infolge der überhöhten Gaspreise für die Ukraine eine Ernüchterung hinsichtlich des Verhältnisses Russlands zu ihrem Land. Sollte der Kreml unter Zuhilfenahme von Nord Stream den Druck auf die Ukraine weiter erhöhen, würde sich die Enttäuschung der potenziellen Freunde Russlands in der Ukraine weiter verstärken.

Zukunftsperspektiven

Die Beziehungen zwischen Brüssel, Moskau und Kiew werden sich in den nächsten Jahren verkomplizieren. Dies ist zum einen durch die wachsende Zahl neuer Initiativen der Europäischen Union in Osteuropa bedingt. Wie jüngst durch Putins Idee einer Eurasischen Union bestätigt, hält Russland zum anderen an seinem Bestreben fest, in Nordeurasien eine eigene Einflussphäre zu demarkieren. Bereits die 2009 gestartete Östliche Partnerschaft der EU mit sechs postsowjetischen Staaten führte zu einer Modifizierung der russischen Haltung gegenüber der europäischen Idee. Mit ihrer Ostpartnerschaft hat die Europäische Union Moskauer Hegemonieansprüche im postsowjetischen osteuropäischen und südkaukasischen Raum in Frage gestellt. Russ-

land distanzierte sich daher ausdrücklich von dieser Initiative. Der Kreml könnte künftige Aktivitäten der EU auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR zum Anlass für eine weitere Abkühlung seines Verhältnisses zu Brüssel nehmen.

Eine neue Quelle für Kreml-Unmut ist bereits in Sichtweite: das EU-Ukraine-Abkommen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone. Zwar ist noch unklar, ob das die Freihandelszone einschließende Assoziierungsabkommen tatsächlich unterzeichnet und vor allem, ob es in naher Zukunft ratifiziert wird. Käme es jedoch wie geplant dazu, so würde dies die größte internationale Vereinbarung darstellen, welche sowohl die EU als auch die Ukraine je eingegangen sind. Das europäisch-ukrainische Assoziierungs- und Freihandelsabkommen könnte nicht nur zu einer weitgehenden – wenn auch kaum vollständigen – Loslösung der Ukraine vom postsowjetischen Wirtschaftsraum, in dem Russ-

land dominiert, führen. Eine politische Assoziation in Kombination mit freiem Handel sowie liberalem Reiseregime würde über kurz oder lang zu so genannten Ansteckungseffekten (spill-over effects) sowohl innerhalb der ukrainischen Gesellschaft als auch der EU-Mitgliedsstaaten führen. Eine erfolgreiche Ratifizierung dieser Abkommen sowie deren anschließende Implementierung könnten bereits in zehn Jahren neue Kriterien für die Bewertung des Platzes der Ukraine innerhalb Europas schaffen. Sollten sämtliche laufenden Projekte zwischen Kiew und Brüssel in den nächsten Jahren tatsächlich planmäßig umgesetzt werden, wäre zum Beispiel eine neue Diskussion um eine Vollmitgliedschaft der Ukraine nicht nur in der EU, sondern auch in der NATO, denkbar.

Eine verkürzte, abgewandelte Version des Beitrages erschien zuvor in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Über den Autor:

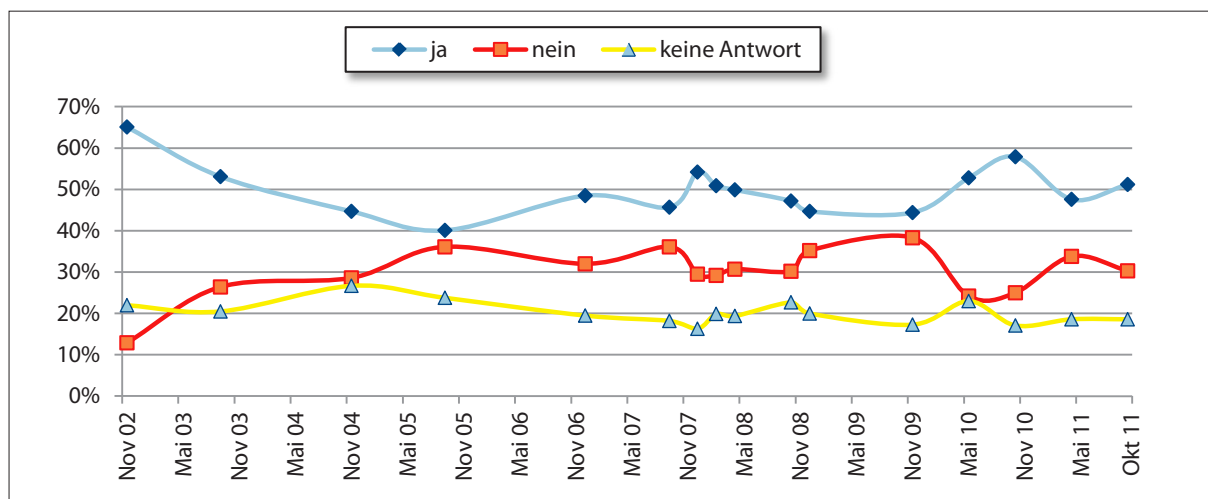
Andreas Umland, Dr. phil., Ph. D., ist Mitglied des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien (ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland) und des Valdai Discussion Club sowie Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (www.ibidem-verlag.de/spps.html). Seit September 2010 lehrt er als DAAD-Fachlektor und Dozent des Lehrstuhls für Politikwissenschaft im Masterprogramm für Deutschland- und Europastudien der Nationalen Universität »Kiewer Mohyla-Akademie« (www.des.uni-jena.de).

Lesetipps:

- Larrabee, F. Stephen und Kuzio, Taras: Europe's Ukrainian Test, in: Project Syndicate, 30.6.2011, <http://www.project-syndicate.org/commentary/larrabee8/English>
- Motyl, Alexander J.: Ukrainian Blues. Yanukovich's Rise, Democracy's Fall, in: Foreign Affairs, Bd. 89, Nr. 4 (Juli–August 2010), S. 125–136.
- Riabchuk, Mykola: Tymoshenko. Wake-up Call for the EU, in: Eurozine, 28.10.2011, <http://www.eurozine.com/articles/2011-10-28-riabchuk-en.html>
- Rutland, Peter und Solonenko, Iryna: Beyond Sticks and Carrots. Western Policy Towards Ukraine, in: oDRussia, 4.8.2011, <http://www.opendemocracy.net/od-russia/iryna-solonenko-peter-rutland/beyond-sticks-and-carrots-western-policy-towards-ukraine>
- Savin, Kyryl und Stein, Andreas: Streit um die Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik, in: Heinrich Böll Stiftung Außen- & Sicherheitspolitik, 6.8.2010, <http://www.boell.de/internationalepolitik/aussensicherheit/aussen-sicherheit-ukraine-aussenpolitik-eu-russland-9866.html>
- Shumylo-Tapiola, Olga: How to Handle Ukraine, in: Carnegie Europe Q & A, 10.11.2011, carnegieeurope.eu/publications/?fa=45969&lang=en&fb_source=message

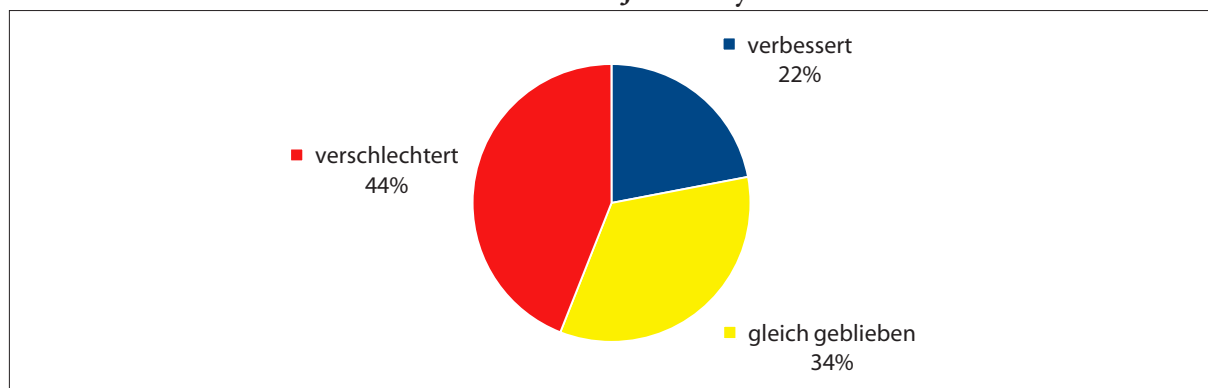
Umfragen zur außenpolitischen Orientierung

Grafik 1: Sollte die Ukraine der Europäischen Union beitreten?



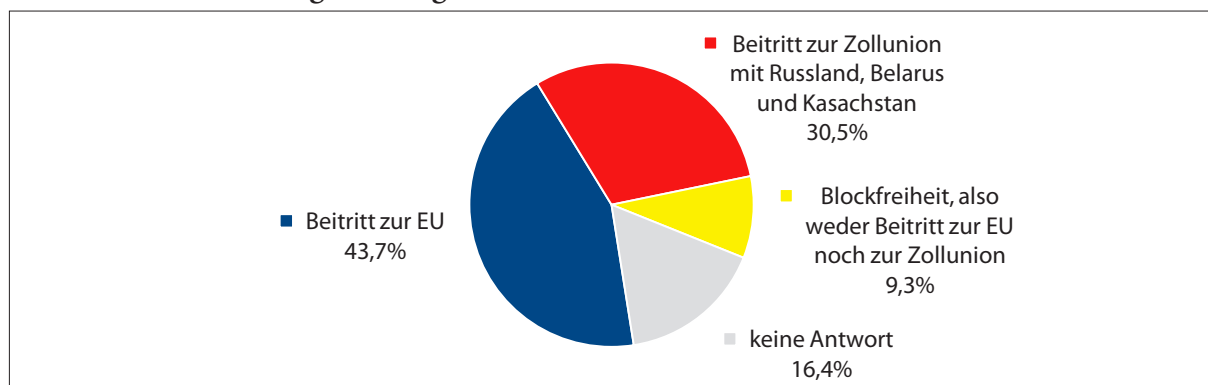
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Instituts, http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=387

Grafik 2: Wie würden Sie die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU während der Präsidentschaft Wiktor Janukowytschs beurteilen?

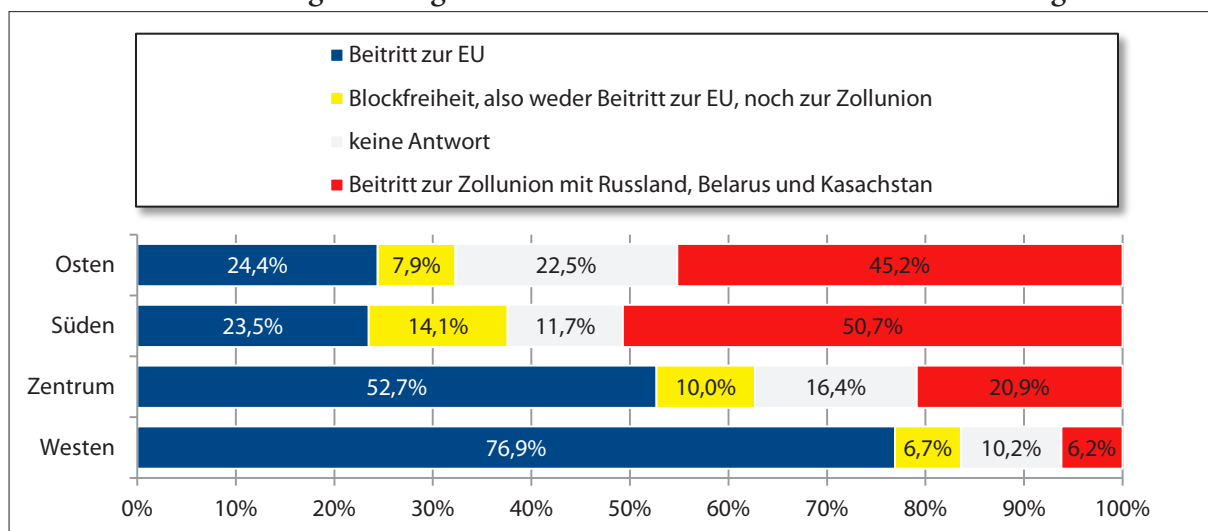


Quelle: Deutsche Welle Trends, repräsentative Umfrage vom 20.10. bis 7.11.2011, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

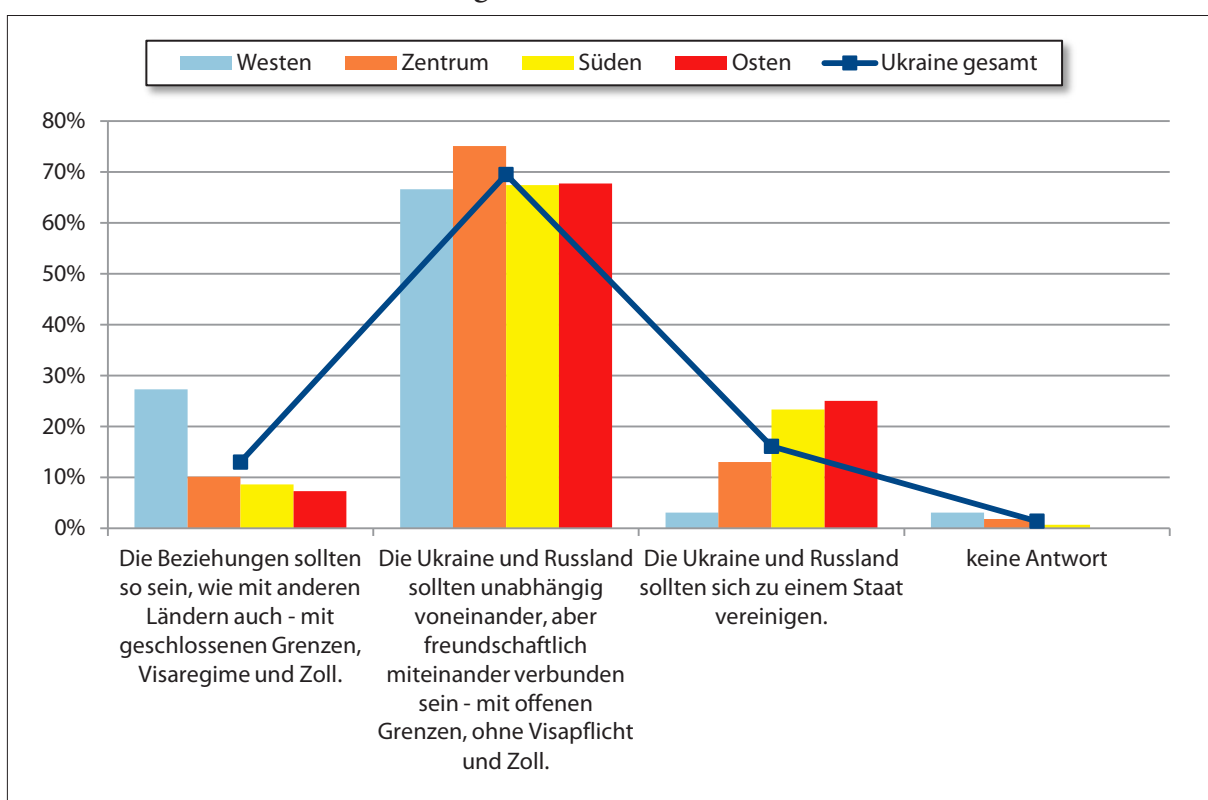
Grafik 3: Welchen Weg der Integration sollte die Ukraine beschreiten?



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 29.9. bis 4.10.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=599

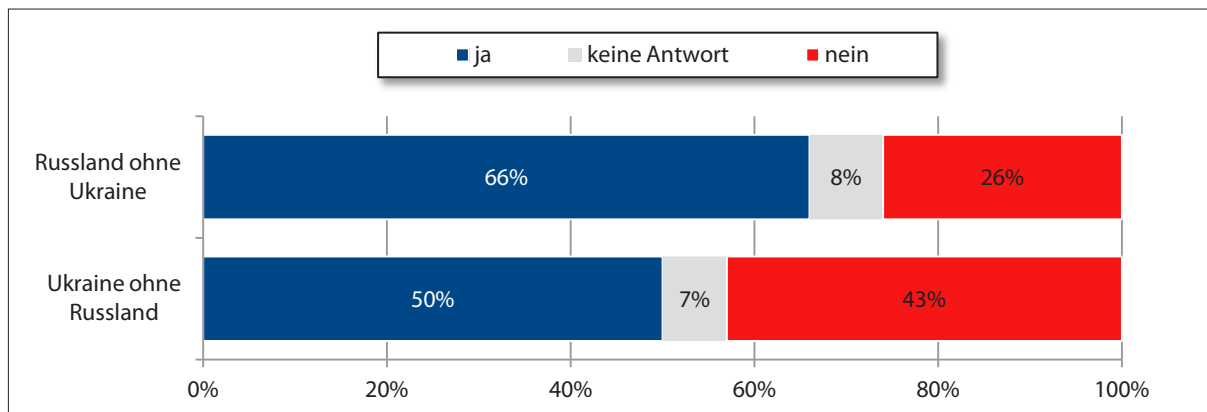
Grafik 4: Welchen Weg der Integration sollte die Ukraine beschreiten? – nach Regionen


Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 29.9. bis 4.10.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=599

Grafik 5: Welche Art von Beziehung sollten die Ukraine und Russland führen?


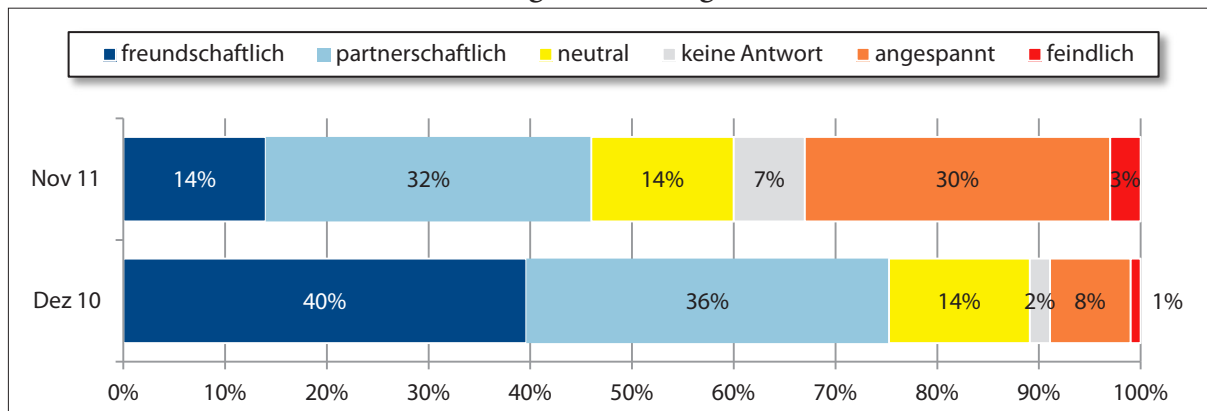
Quelle: repräsentative Umfrage des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew vom 4.11. bis 15.11.2011, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-110.html>

Grafik 6: Könnten die Ukraine und Russland ohne einander existieren?



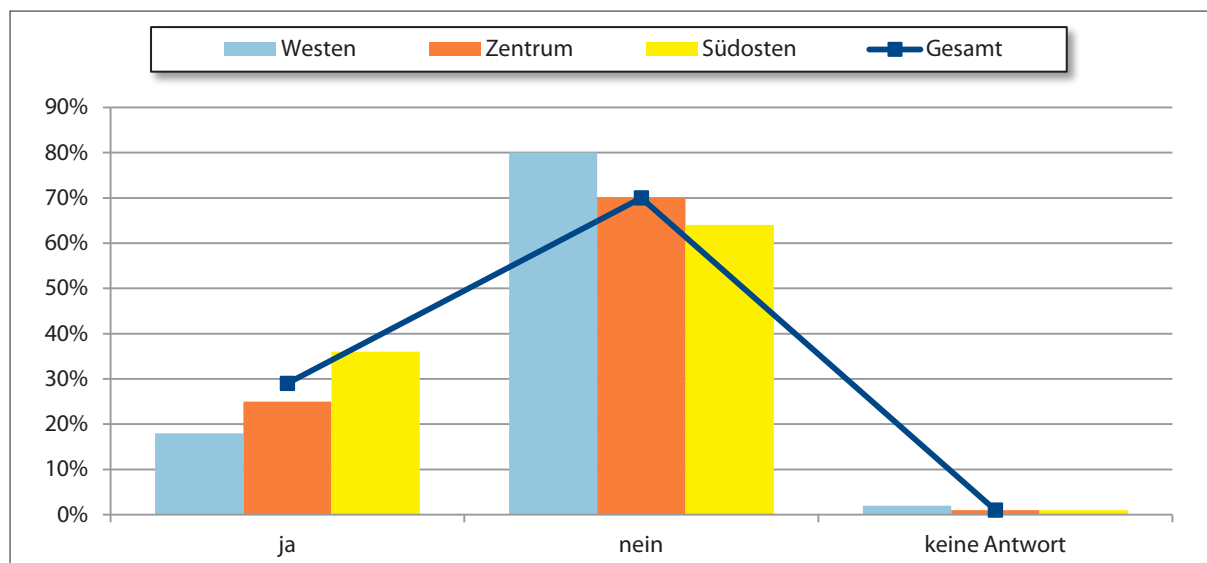
Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 27.10. bis 7.11.2011, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8121/>

Grafik 7: Wie beurteilen Sie die derzeitigen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland?



Quelle: Deutsche Welle Trends, repräsentative Umfrage vom 20.10. bis 7.11.2011, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

Grafik 8: Haben Sie Russland nach 1991 besucht?



Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 27.10. bis 7.11.2011, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8121/>

Internationale Verantwortung der Getreidenationen – die Ukraine in der Pflicht

Von Stephan von Cramon-Taubadel, Göttingen

Zusammenfassung

Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO muss die globale Agrarproduktion bis zum Jahr 2050 um 70 % gesteigert werden, damit eine Weltbevölkerung von schätzungsweise 9,3 Milliarden Menschen ernährt werden kann. In diesem Zusammenhang kommt der Ukraine eine besondere Verantwortung zu. Die Ukraine konnte ihre Getreide- und Ölsaatenexporte seit der Jahrtausendwende stark ausweiten und somit in den letzten Jahren etwa 10 % aller Getreideexporte weltweit auf sich vereinigen. Experten halten eine weitere Steigerung der Getreideproduktion in der Ukraine um über 25 Mio. Tonnen in den nächsten zehn Jahren für realisierbar. Die ukrainische Agrarpolitik war aber bisher nicht dazu geeignet, das Produktions- und Exportpotential des Landes zu aktivieren.

Lösungsansätze für das Welternährungsproblem

Die internationalen Nahrungsmittelpreise erreichten im Februar 2011 zum zweiten Mal nach Juni 2008 Rekordniveau (vgl. Grafik 1). Trotz eines leichten Rückgangs in den letzten Monaten sind die Preise heute immer noch fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2005. Die Agrarpreiskrisen 2007/08 und 2010/11 haben die ohnehin prekäre Welternährungssituation weiter verschärft. Aufgrund der hohen Preise für viele Grundnahrungsmittel ist die Zahl der weltweit hungernden und von Hunger akut bedrohten Menschen in den letzten Jahren rapide angestiegen. In vielen Ländern, z. B. in Nordafrika, haben steigende Lebensmittelpreise soziale Unruhen gestiftet oder zumindest verstärkt.

Eine signifikante Entspannung der Lage ist derzeit nicht in Sicht. Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO muss die globale Agrarproduktion bis zum Jahr 2050 um 70 % gesteigert werden, damit eine Weltbevölkerung von schätzungsweise 9,3 Milliarden Menschen ernährt werden kann. Natürlich hängt eine nachhaltige Lösung des Welternährungsproblems nicht ausschließlich von Produktionssteigerungen ab. Erschreckend viele Lebensmittel werden verschwendet; viele Industrieländer subventionieren die Erzeugung von sog. Bioenergien aus Agrarerzeugnissen; und nicht zuletzt ist der Hunger eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit sowohl global als auch innerhalb der einzelnen Länder der Welt.

Dennoch werden weitere Produktionssteigerungen im Agrarsektor in den nächsten Jahrzehnten notwendig sein. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Lösung oder zumindest die Verbesserung der Welternährungslage ist ein zuverlässiges Welthandelssystem, denn viele Länder – z. B. in Nordafrika und dem Nahen Osten – können ihre wachsenden Bevölkerungen ohne

Importe nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgen, während andere – darunter auch die Ukraine – in der Lage sind, Jahr für Jahr Exportüberschüsse zu erzeugen. Der internationale Handel bietet die einzige Möglichkeit, kurzfristige Produktionsschwankungen und strukturelle Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage weltweit auszugleichen.

In diesem Zusammenhang kommt den Getreidenationen Russland, Kasachstan und der Ukraine eine besondere Verantwortung zu. Diese Länder konnten ihre Getreide- und Ölsaatenexporte seit der Jahrtausendwende stark ausweiten und somit in den letzten Jahren etwa 20 % aller Getreideexporte weltweit auf sich vereinigen. Davon fiel knapp die Hälfte – also ca. 10 % – auf die Ukraine (vgl. Grafik 2). Das Produktionspotential dieser Länder ist aber bei Weitem nicht ausgeschöpft. So lagen die ukrainischen Getreideerträge in den letzten zehn Jahren trotz der sehr günstigen Bedingungen für den Ackerbau deutlich unter dem Weltdurchschnitt (vgl. Grafik 3). Experten halten eine weitere Steigerung der Getreideproduktion in der Ukraine um über 25 Mio. Tonnen in den nächsten zehn Jahren für realisierbar. Diese Produktionssteigerungen ließen sich ohne die gravierenden negativen Umwelteffekte realisieren (Stichwort Rodung von Regenwald), die mit einer Ausdehnung der Agrarproduktion in vielen anderen Regionen der Erde einhergehen. Da die ukrainische Bevölkerung rückgängig ist, könnten diese Produktionszuwächse größtenteils für den Export zur Verfügung stehen. Es stimmt zwar, dass dieses Getreide auch in die wachsende inländische Veredelungsproduktion fließen könnte, statt exportiert zu werden, aber zum einen sind noch erhebliche Effizienzsteigerungen in der ukrainischen Veredelung zu realisieren, die einer Ausweitung der inländischen Futternachfrage entgegenwirken werden, zum anderen würden steigende Exporte von ukrainischen Veredelungserzeugnissen – sollten

diese tatsächlich realisiert werden können – die Nachfrage nach Futtermitteln anderswo in der Welt entsprechend reduzieren.

Auswirkung von Exportquoten

In Anbetracht der Bedeutung für die Welternährung beunruhigten 2007/08 die Äußerungen führender Agrarpolitiker Russlands und der Ukraine über die Bildung einer sog. Getreide-OPEC. Besorgniserregend ist auch die Tatsache, dass die Ukraine im Jahr 2010 zum dritten Mal in fünf Jahren Exportquoten für Getreide eingeführt hat, obwohl das Land gleichzeitig die fünfgrößte Getreideernte seit ihrer Unabhängigkeit erzielen konnte. Exportquoten drücken den Inlandspreis für Getreide und erhöhen so die Marge zwischen dem Weltmarktpreis und dem Inlandspreis (vgl. Grafik 4). Sie wurden mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, inländische Konsumenten in der Ukraine vor zu hohen Lebensmittelpreisen zu schützen. Allerdings haben mehrere Studien gezeigt, dass es sowohl wirksamer als auch effizienter ist, die Bevölkerungsgruppen, die durch Lebensmittelpreissteigerungen ernsthaft belastet werden, mit Hilfe von gezielten sozialpolitischen Transfers zu unterstützen, statt der gesamten Bevölkerung – Arm, aber auch Reich – mit günstigeren Lebensmitteln zu versorgen. Ferner haben Exportquoten für Getreide eine begrenzte Wirkung als häufig angenommen. In der Ukraine wurde z. B. argumentiert, dass die Exportquoten auch die Preissteigerungen für Veredelungsprodukte wie Schweinefleisch dämpfen würden, da sie eine Versorgung der Schweinemastbetriebe mit günstigeren Futtermitteln sichern. Dabei wird aber verkannt, dass die Ukraine Nettoimporteur von Schweinefleisch ist und die Inlandspreise für Schweinefleisch somit durch den Weltmarktpreis bestimmt werden. Durch Exportquoten gedrückte Futtermittelkosten erhöhen daher lediglich die Margen der Schweinemäster in der Ukraine, und es ist kaum zu erwarten, dass diese den daraus resultierenden Vorteil freiwillig an den Konsumenten weiterreichen werden.

Eine Auswirkung der Exportquoten ist sicher: Das Exportgeschäft mit Getreide wird lukrativer. Allerdings nur für solche Unternehmen, die eine Exportquote zugebilligt bekommen. Somit entsteht ein fruchtbarer Boden für Korruption, denn die Verteilung der Exportquoten bestimmt darüber, wer von der erhöhten Exportmarge zwischen Weltmarkt- und Inlandspreis profitiert und wer nicht. Die Verteilung der jüngsten Exportquoten für Getreide in der Ukraine im Jahr 2010 verlief sehr intransparent. Insbesondere wurde dem erst im August 2010 gegründeten Unternehmen Khlbinvestbud, das sich zu 49 % in Staatshand und zu 51 % in Besitz von Offshore-Unternehmen befindet, und dem eine Nähe

zu führenden ukrainischen Agrarpolitikern nachgesagt wird, der größte Teil der Quote zugesprochen. Hauptleidtragende waren die ukrainischen Getreideproduzenten, deren Erlöse 2010 aufgrund der Exportquote um 1,9 Mrd. US-Dollar geringer ausfielen, weshalb Geld für Vorleistungsgüter wie Saatgut und Düngemittel, aber auch für Investitionen in Landmaschinen, Lagerkapazitäten usw. fehlte. Zum Vergleich: Die gesamte staatliche Agrarförderung in der Ukraine betrug 2009 ca. 910 Mio. US-Dollar.

Zusätzlich zu den Exportquoten wurden Preiskontrollen in Form von regulierten Preisaufschlägen für Getreideprodukte wie Brot in der Ukraine eingeführt. Zudem haben einige regionale Administrationen den Handel mit Getreide über Regionen-Grenzen hinweg beschränkt oder blockiert. Diese Maßnahmen wurden häufig geändert und haben die Politikunsicherheit für Landwirte und Händler weiter erhöht.

Hemmnisse bei der Produktionssteigerung

Die ukrainischen Getreideexportquoten wurden im Mai 2011 nicht zuletzt aufgrund internationalen Drucks durch Exportsteuern, die transparenter und weniger korruptionsanfällig sind, ersetzt. Diese wiederum wurden im Oktober 2011 für Weizen und Mais abgeschafft, bestehen aber weiterhin für Gerste. Aber auch ohne ad hoc-Eingriffe wie Exportquoten und Preiskontrollen ist die ukrainische Getreidemarktpolitik nicht dazu geeignet, das Produktionspotential des Landes zu aktivieren. Als Beispiel kann das Zertifizierungssystem für ukrainische Getreideexporte genannt werden. Händler, die Getreide von einem Elevator im Inland zu einem Exporthafen verfrachten wollen, müssen zuerst drei unterschiedliche Zertifikate von drei unterschiedlichen ukrainischen Behörden beschaffen. Jede Behörde führt ihre eigenen zeitaufwendigen Probeentnahme- und Laborverfahren durch, wenngleich verschiedene Behörden dann teilweise die gleichen Tests durchführen. Um Verzögerungen zu vermeiden, müssen Händler die zuständigen Inspektoren häufig »stimulieren«. Am Ende dieses Prozesses kann eine weitere Behörde, der ukrainische Zoll, die Ergebnisse der Zertifizierung hinterfragen und auf die Durchführung von zusätzlichen Tests bestehen. Hinzu kommt, dass die zugrunde gelegten Qualitätsstandards, größtenteils ukrainische oder gar alte sowjetische sind, die im internationalen Handel überwiegend irrelevant sind. Letzten Endes müssen die Händler, wie im internationalen Getreidehandel üblich, spezialisierte private Unternehmen damit beauftragen, eine weitere, international anerkannte Zertifizierung durchzuführen. Die Kosten der somit weitgehend überflüssigen ukrainischen Zertifizierung werden von den Getreidehändlern auf die Getreideproduzenten abge-

wälzt, was ihre Liquidität und Investitionsmöglichkeiten weiter einschränkt.

Ein weiteres Beispiel ist die Regelung, die vorsieht, dass Getreide und Ölsaaten in der Ukraine getrennt nach Klassen gelagert werden müssen. Das heißt, jede Weizenklasse (im ukrainischen Klassifizierungssystem gibt es davon sechs) muss getrennt von den anderen gelagert werden; das gleiche gilt für Raps (drei Klassen) usw. Die Vermischung von Getreide verschiedener Klassen, um Partien herzustellen, die den im internationalen Handel üblichen und nachgefragten Kriterien entsprechen, darf erst am Exporthafen stattfinden. Die zusätzlichen Transport- und Lagerkosten, die durch diese Regelung entstehen, werden ebenfalls auf die Getreide bzw. Ölsaatenproduzenten abgewälzt, mit den bereits genannten Folgen.

Fazit

Insgesamt ist festzustellen, dass die ukrainische Agrarpolitik der internationalen Verantwortung des Landes nicht gerecht wird. Durch Exportrestriktionen wurden den Landwirten in den letzten Jahren wiederholt die hohen Preise am Weltmarkt vorenthalten und damit Anreize und Möglichkeiten genommen, die Produk-

tion zu erhöhen. Gleichzeitig wurden Handelsunternehmen, die umfangreiche Investitionen in die Getreidevermarktungsinfrastruktur des Landes getätigt haben, und die für den weiteren Ausbau dieser Infrastruktur gebraucht werden, durch die willkürliche Vergabe der Exportquoten vom Markt verdrängt. Unabhängig von den Exportquoten schränken andere Maßnahmen, wie z. B. die oben beschriebenen Zertifizierungsprozesse und Vorschriften für die Lagerhaltung, die Anreize für Produzenten weiter ein. Die Ukraine kann das Problem der Welternährung selbstverständlich nicht allein lösen, aber sie könnte einen wesentlich größeren Beitrag dazu leisten, und davon selbst erheblich profitieren. Es ist zu hoffen, dass die zuständigen Entscheidungsträger des Landes diese Win-Win-Situation bald erkennen und die agrarpolitischen Weichen entsprechend umstellen. Wichtig in diesem Zusammenhang wäre auch eine Wiederbelebung der effektiv zum Stillstand gekommenen WTO-Verhandlungen im Rahmen der sog. Doha-Runde, um wirksame Disziplinen für die derzeit fast vollständig unregelte Anwendung von Exportrestriktionen durch Mitgliedsstaaten wie die Ukraine zu entwickeln.

Über den Autor:

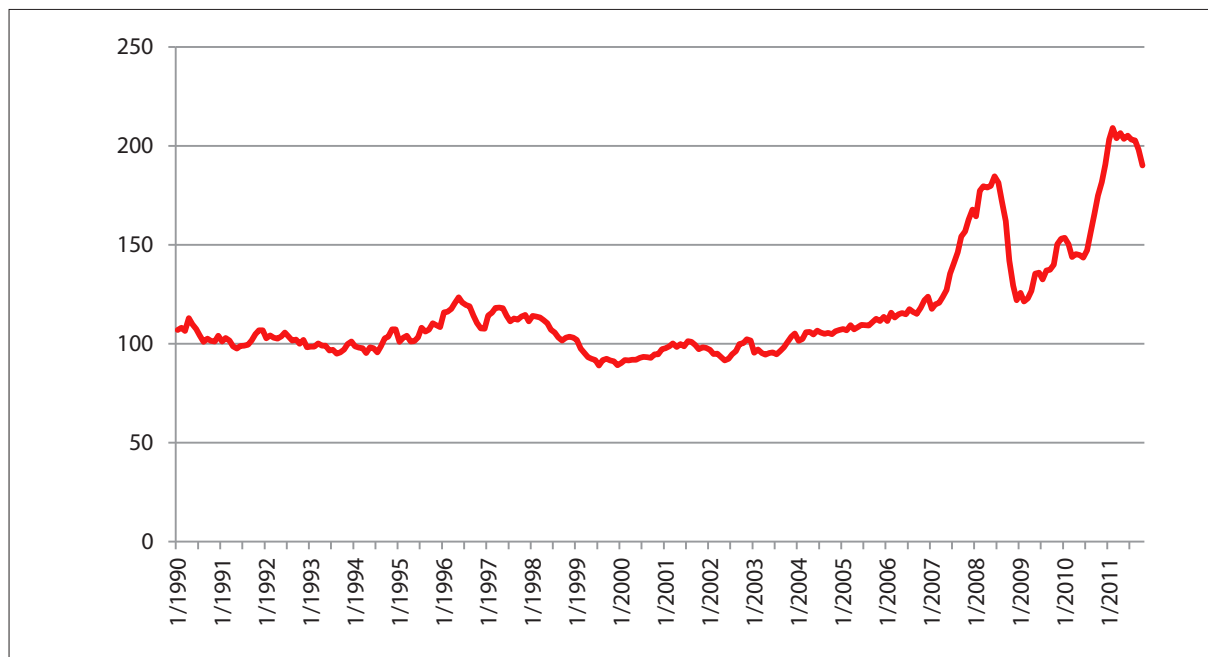
Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung der Georg-August-Universität Göttingen. Forschungsinteressen: Analyse und Bewertung agrarpolitischer Maßnahmen vor allem in der EU und der ehemaligen Sowjetunion; die empirische Analyse von Preistransmissions- und Marktintegrationsprozessen.

Literaturtipps:

- BE Berlin Economics (2011): *Turning Ukrainian Agriculture into an Engine of Growth – A Strategy for the Development of the Grains and Oilseeds Sector*. Studie im Auftrag der American Chamber of Commerce in Ukraine und der European Business Association, http://sharepoint.chamber.ua/AgriculturalCommittee/Documents/1%20Projects/Ag%20Strategy/Strategy%20Agriculture%20Ukraine_ACC-EBA_Berlin%20Economics_final.pdf
- Gruening, M. und von Cramon-Taubadel, S. (2008): *Competitive agriculture or state control: Ukraine's response to the global food crisis*. Studie im Auftrag der Weltbank, <http://siteresources.worldbank.org/INTUKRAINE/Resources/WorldFoodCrisisandRoleofUkraine.pdf>
- OECD (2011): *Ukraine – Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2011*, http://www.oecd.org/document/55/0,3746,en_2649_37401_48715639_1_1_1_37401,00.html

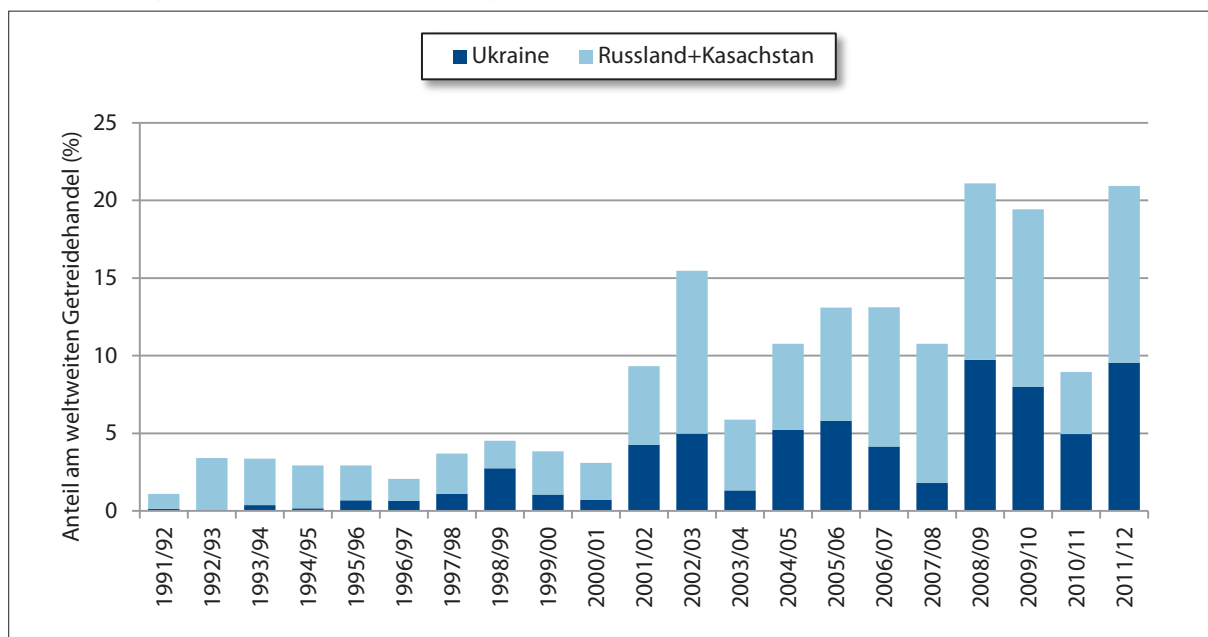
Getreidehandel

Grafik 1: Food Price Index der FAO (1/1990 bis 10/2011, 2002–2004=100)



Quelle: Welternährungsorganisation (FAO), <http://www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/foodpricesindex/en/>

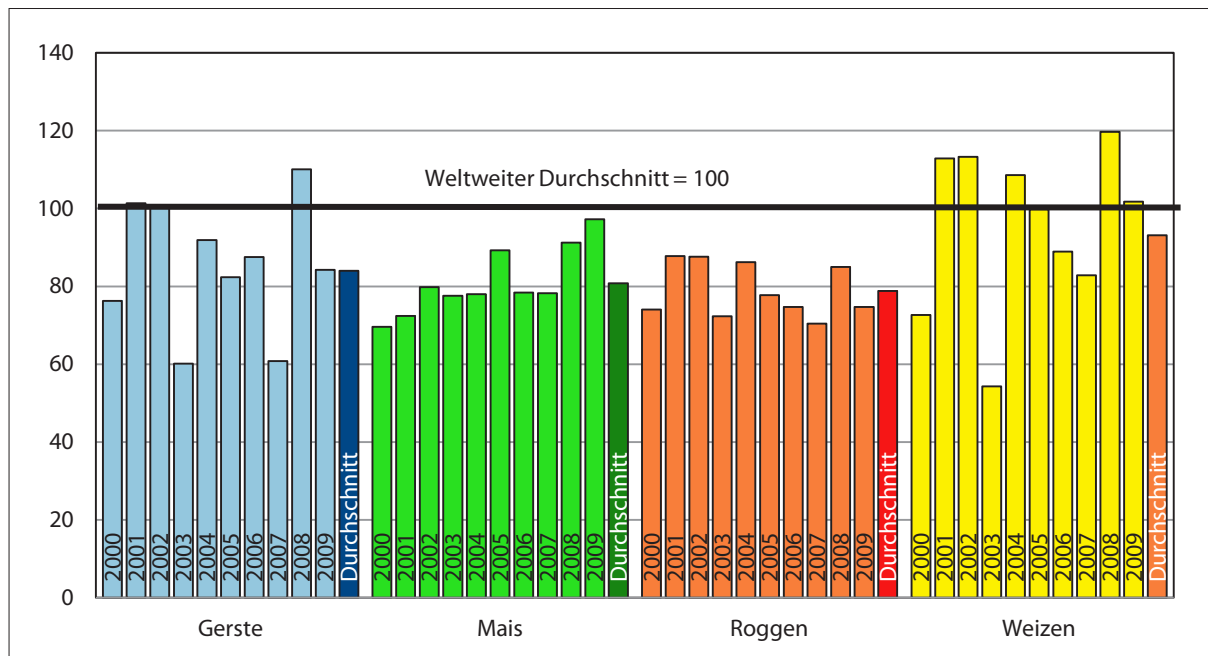
Grafik 2: Der Anteil der Ukraine, Russlands und Kasachstans am weltweiten Getreidehandel (1991/92 bis 2011/12, in %)



Anmerkung: Angaben für 2010/11 und 2011/12 sind vorläufig bzw. prognostiziert.

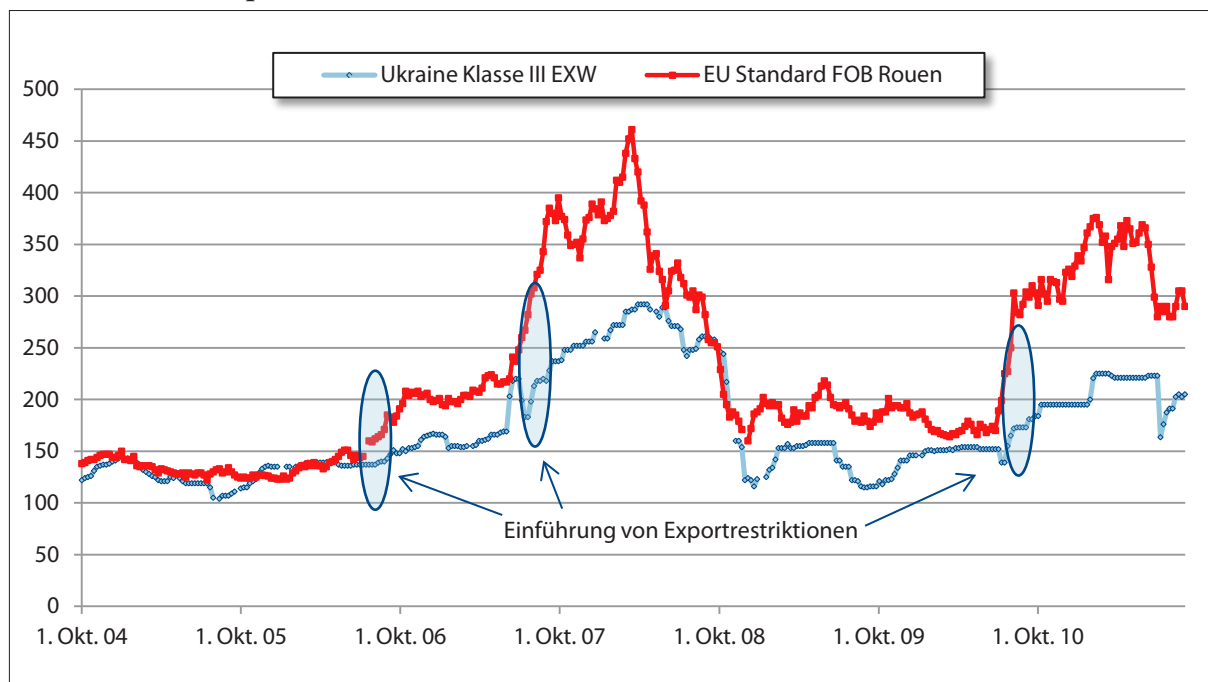
Quelle: eigene Berechnungen mit den »World Agricultural Supply and Demand Estimates« der USDA (United States Department of Agriculture), <http://www.usda.gov/oce/commodity/wasde/>

Grafik 3: Getreideerträge in der Ukraine und im internationalen Durchschnitt (2000–2009)



Quelle: eigene Berechnungen mit FAOSTAT, <http://www.fao.org/corp/statistics/en/>

Grafik 4: Die Auswirkungen von Exportquoten auf die Marge zwischen Weltmarktpreisen und Inlandspreisen für Weizen in der Ukraine (10/2004-09/2011 – in US\$/t)



Anm.: Die Preise für die Ukraine entsprechen den Inlandspreisen ab Lager für Weizen der Klasse III. Der Weltmarktpreis entspricht dem Preis für Weizen frei an Bord ab Rouen (Frankreich).

Quelle: International Grains Council und UkrAgroConsult.

Die Rolle der Kiewer Mohyla-Akademie im aktuellen politischen Prozess

Von Andreas Umland, Kiew

Zusammenfassung

In der allgemeinen Diskussion um die Reform des ukrainischen Hochschulwesens und den zuständigen Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk spielt die Kiewer Mohyla-Akademie eine besondere Rolle. Die Vertreter der Akademie melden sich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die politische Ausrichtung der Ukraine vergleichsweise laut zu Wort. Das Verhältnis zwischen der auf nationale Wiedergeburt orientierten Akademie und dem russophilen Bildungsminister, dessen Rücktritt von großen Teilen der ukrainischen intellektuellen Elite gefordert wird, ist ein besonders schwieriges. Der folgende Artikel untersucht diese und weitere Konfliktlinien.

Der Konflikt zwischen Akademieleitung und Bildungsministerium

Obwohl sie eine relativ kleine und junge ukrainische Hochschule ist, hat sich die Nationale Universität »Kiewer Mohyla-Akademie« (NaUKMA, ca. 3.500 Studierende) im vergangenen Jahr zu einem Fokuspunkt in der Diskussion um die anstehende, noch nicht verabschiedete Reform der Hochschulgesetzgebung und den umstrittenen neuen Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk entwickelt. Zwar sind auch andere – zumeist weit größere – ukrainische Hochschulen in dieser oder jener Form an diesen Debatten beteiligt, jedoch geht die mediale Präsenz der Vertreter der Mohyla-Akademie, wie NaUKMA-Präsident Serhij Kwit, NaUKMA-Ehrenpräsident Wjatscheslaw Brjuchowezkij, NaUKMA-Graduiertenschulleiter Mychajlo Wynnyzkij u. a., in dieser Diskussion weit über die öffentliche Sichtbarkeit anderer ukrainischer Universitätsvertreter hinaus.

Im Winter 2010/2011 eskalierte der Konflikt zwischen der Akademieleitung und dem Bildungsminister im Zusammenhang mit der hinausgezögerten Erneuerung der Lizenzierung des Statuts der Universität durch das Ministerium. Diese Auseinandersetzung wurde begleitet von Pressekonferenzen, etlichen Publikationen sowie einigen TV-Debatten. Es gab zwischenzeitlich Gerüchte über eine Auflösung der Akademie, deren Fakultäten anderen Kiewer Universitäten zugeschlagen werden sollten. Bis heute dauert der Konflikt an. Die Budgetfinanzierung der Akademie durch das Bildungsministerium wurde im Sommer 2011 merklich gekürzt. So wurden z. B. alle Budgetplätze im renommierten Master-Programm der Journalistikfakultät der Akademie gestrichen. In Reaktion darauf hat die Akademie im September 2011 ein Gerichtsverfahren gegen das Bildungsministerium angestrengt. Dieser Prozess wird gegenwärtig verhandelt.

Der unter allwöchentlicher Beteiligung der traditionellen, elektronischen und webbasierten Medien ausgetragene Konflikt zwischen der Mohyla-Akademie und dem Bildungsministerium hat hierbei eine doppelte, wenn nicht dreifache Dimension:

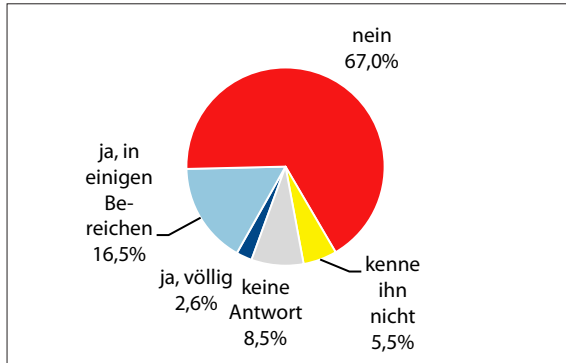
Antisowjetische gegen antigalizische Orientierung

Ein erstes Spannungsfeld ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen den antigalizischen sowie prorussischen Aussagen des Bildungsministers einerseits und der auf eine antisowjetische, antiimperiale und nationale Wiedergeburt ausgerichteten Orientierung der 1991 neugegründeten Mohyla-Akademie andererseits. (Die Akademie wurde 1615 als älteste ostslawische Hochschuleinrichtung gegründet, jedoch 1817 von Zar Alexander I. wieder geschlossen.) Obwohl der seit 2010 amtierende Bildungsminister – im Gegensatz etwa zu Ministerpräsident Mykola Asarow – gut Ukrainisch spricht, ist dessen öffentliches Profil von seinen vielfachen demonstrativ russophilen und zumindest implizit antiukrainischen Aussagen geprägt. Dies ging jüngst soweit, dass der ukrainische Minister bei einer öffentlichen Interpretation eines internationalen Rankings einerseits von »der Ukraine« und andererseits von »uns« – damit die Russische Föderation meinent! – sprach. Galizier hatte er vor seinem Amtsantritt als Bildungsminister als unzivilisiert charakterisiert. Ähnliche weitere Beispiele ließen sich anfügen.

Ein damit in Zusammenhang stehender Teilkonflikt mit der Mohyla-Akademie hat sich nicht nur vor dem Hintergrund entwickelt, dass der derzeitige Universitätspräsident Serhij Kwit ukrainophon und galizischer Herkunft ist. Die gesamte weitgehend national orientierte ukrainische Intelligenzija – ob parteipolitisch gebunden oder nicht – läuft seit Monaten Sturm gegen die Regierung, und fordert die Absetzung des als unakzeptabel geltenden Tabatschnyk. Als prominenteste vor als auch postsowjetische Universität der Ukraine hat die Mohyla-Akademie eine Art Führungsrolle in dieser Kampagne übernommen.

Eine populäre, allerdings nur gerüchtehafte Begründung für die schon mehrfach scheinbar bevorstehende, aber immer wieder ausgesetzte Ablösung Tabatschnyks ist, dass seine Ernennung sowie fortgesetzte Tätigkeit als Bildungsminister auf angebliche Protektion des Metro-

Befürworten Sie die Tätigkeit Dmytro Tabatschnyks?



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 29.9. bis 4.10.2011, http://razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=380

politener der Russisch-Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) Kirill zurückzuführen ist. Kirill – so ist in Fernsehreportagen zu seinen Treffen mit Janukowytsch unschwer zu erkennen – genießt offenbar die Sympathie des ukrainischen Präsidenten. Und es verblüfft, dass Tabatschnyk trotz seiner skandalösen Auftritte und schlechten Reputation weiterhin im Amt ist. Ob dies in der Tat auf russischen Einfluss zurückzuführen ist, konnte bisher allerdings nicht schlüssig nachgewiesen werden – und ist womöglich auch nicht nachweisbar.

Prowestliche Ausrichtung gegen sowjetische Tradition

Eine zweite Konfliktlinie zwischen dem Bildungsministerium und der Mohyla-Akademie hat mit der demonstrativ prowestlichen Ausrichtung der Akademie (Englisch ist zweite offizielle Unterrichtssprache) zu tun. Diese steht im Widerspruch zum – teils uneingestanden – sowjetischen Traditionsbewusstsein des Ministers und seiner Stellvertreter sowie anderer Regierungsmitglieder. Zwar befinden sich die Beziehungen der Akademie zu Westeuropa, einschließlich Deutschland, im Fahrwasser der offiziellen Regierungspolitik: Von Präsident und Regierung wird fortlaufend das Ziel einer Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU betont. Dennoch sind die ebenfalls zahlreichen Kontakte der Akademie nach Nordamerika sowie zur westlichen ukrainischen Diaspora der neuen Machtelite allgemein – und nicht nur Tabatschnyk im Besonderen – ein Dorn im Auge.

Dies hat nicht zuletzt mit Janukowtschs konspirologischer Deutung der Gründe sowie des Verlaufs der Orangen Revolution zu tun. In Janukowtschs Sicht handelte es sich bei dem Wahlaufstand von 2004 um eine Geheimoperation des CIA, tatsächlich sei er selbst damals der rechtmäßige Wahlgewinner gewesen. Die extrem janukowtschkritische Position der weitgehend nationalistischen, ukrainischen Diaspora Nordamerikas und Großbritanniens sowie die engen Beziehungen der

Akademie zu diesen Auslandsukrainern tragen offenbar zu den derzeitigen Problemen der Akademie bei.

Reformkonzepte: Deregulierung gegen Zentralisierung

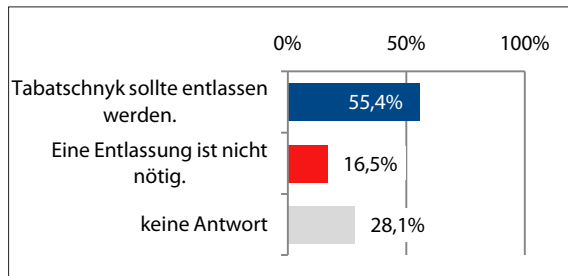
Eine dritte, sekundäre Konfliktlinie verläuft entlang der unterschiedlichen Reformkonzeptionen für das Hochschulwesen in der ukrainischen Elite insgesamt. Zwar wird von allen Diskussionsteilnehmern das nahezu vollständige Fehlen ukrainischer Universitäten in maßgeblichen internationalen Hochschulrankings beklagt sowie die Notwendigkeit von prinzipiellen Verbesserungen anerkannt. Janukowytsch hat gar als eines seiner Regierungsziele formuliert, ukrainische Hochschulen international konkurrenzfähig zu machen. Allerdings besteht bei der Umsetzung dieses Ziels ein prinzipieller bildungspolitischer Konflikt: Das Bildungsministerium erhofft sich eine Verbesserung durch größere Regulierung und gezielte Eingriffe »von oben«. Dagegen besteht die westliche, auch von der Mohyla-Akademie und anderen Hochschulen geteilte Sicht darin, dass eine Dezentralisierung des Hochschulsystems, Lockerung ministerialer Aufsicht über Hochschullehre und -verwaltung sowie Autonomisierung der Universitäten Voraussetzung für mehr Konkurrenz sowie Stratifizierung im Inneren und Wettbewerbsfähigkeit sowie Anerkennung im internationalen Umfeld sind.

Unterstützung aus Teilen der Regionenpartei

Interessanterweise wird letzterer Ansatz auch von etlichen Mitgliedern der Präsidentschaftsadministration geteilt, von denen einige zudem keinen Hehl aus ihrer Sympathie für die Mohyla-Akademie machen. Dies betrifft etwa die Präsidentenberaterin Anna Herman, die Sekretärin des Sicherheitsrates der Ukraine Raissa Bohatyrjowa sowie den Vertreter des Präsidenten im Parlament Jurij Myroschnytschenko, die in den letzten Monaten an der Mohyla-Akademie aufgetreten sind. Teilweise fungiert die Akademie hier als eine »Front« bzw. als ein »Spiel-« oder »Schlachtfeld« für den derzeitigen innerparteilichen Konflikt der Führungsmannschaft um die generelle Ausrichtung der Ukraine. Soll sich das Land als Teil eines von westlichem Einfluss geprägten Mitteleuropas oder aber als Glied eines von russisch-imperialen Traditionen bestimmten »Eurasiens« entwickeln?

Die Rolle der Akademie in dieser Auseinandersetzung ergibt sich aus der parteipolitischen Kluft zwischen den relativ »proeuropäisch« eingestellten Mitgliedern der heutigen Führungsmannschaft der Ukraine auf der einen Seite und den »oranen« Parteien sowie NGOs auf der anderen. Da es der relativ national gesinnten Fraktion innerhalb der ukrainischen Präsidentschafts-

Ein Teil der ukrainischen Öffentlichkeit fordert die Absetzung Dmytro Tabatschnyks als Minister. Was denken Sie zu diesem Thema? (Umfrage in Kiew)



Quelle: repräsentative Umfrage des Ukrainischen Demokratierings vom 19.3. bis 25.3.2011 in Kiew, <http://polityka.in.ua/info/525.htm>

tration, Staatspartei und Regierung an geeigneten inner- oder außerparlamentarischen Partnern bei der Verfolgung ihrer Ziele fehlt, fungiert die Mohyla-Akademie als ein »Vehikel zweiter Wahl«. In Ermangelung anderer Tätigkeitsbereiche dient die Verteidigung und Förderung der Hochschule sowie die Nutzung ihrer akademischen Veranstaltungen zur politischen Profilierung dieser Fraktion in der Öffentlichkeit. Anstatt eine Allianz mit oppositionellen, politisch oder gesellschaftlich engagierten Nationaldemokraten zu suchen, benutzen die national orientierten und relativ liberal eingestellten Vertreter der Regionenpartei Veranstaltungen an der Mohyla-Akademie sowie die Mediendebatte um akademische Autonomie als Ersatzbühnen für die Artikulierung politischer Anschauungen.

Während solch eine Interpretation von relevanten Spaltungen in der Regionenpartei ausgeht, zeichnet eine andere Auslegung ein zynischeres Bild. Eine »politotechnologische« Funktion der Ernennung Tabatschnyks, Attacken auf die Mohyla-Akademie, Konflikte um das neue Hochschulgesetz usw. könnte darin bestehen, von anderen, ökonomisch bedeutsameren und politisch riskanteren Themen abzulenken. Diese Strategie wird auch hinter der immer wieder aufgewärmten Debatte über das Russische als zweite Staatssprache vermutet. Demnach soll mit künstlich ausgelösten Kontroversen um die russische Sprache, die Mohyla-Akademie, Tabatschnyk,

Über den Autor:

Andreas Umland, Dr. phil., Ph. D., ist Mitglied des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien (ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland) und des Valdai Discussion Club sowie Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (www.ibidem-verlag.de/spps.html). Seit September 2010 lehrt er als DAAD-Fachlektor und Dozent des Lehrstuhls für Politikwissenschaft im Masterprogramm für Deutschland- und Europastudien der Nationalen Universität »Kiewer Mohyla-Akademie« (www.des.uni-jena.de).

Lesetipps:

- Ingmar Bredies: Reformpotenziale und -bedarf im ukrainischen Hochschulwesen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 34, 2008, S. 2–5, <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../ukraine/pdf/UkraineAnalysen34.pdf>
- Marta Farion: Kyiv-Mohyla Academy hit hardest as government slashes higher education, in: Kyiv Post, 21.7.2011, http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/109063/
- Florian Küchler, Matthias Guttke und Oksana Schwajka: Rolle vorwärts oder rückwärts? Hochschulreform in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 90, 2011, S. 2–6, <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../ukraine/pdf/UkraineAnalysen90.pdf>
- Serhiy Kvit: Tabatschnyk an obstacle to improving education, in: Kyiv Post, 12.8.2011, http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/110659/

das Hochschulgesetz usw. der Informationsraum ausgefüllt werden. Auf diese Weise wird die Aufmerksamkeit der politisch und kulturell interessierten Bevölkerungsteile von außenpolitischen Aktivitäten, innenpolitischen Manipulationen und finanziellen Transaktionen der Führungsriege abgelenkt.

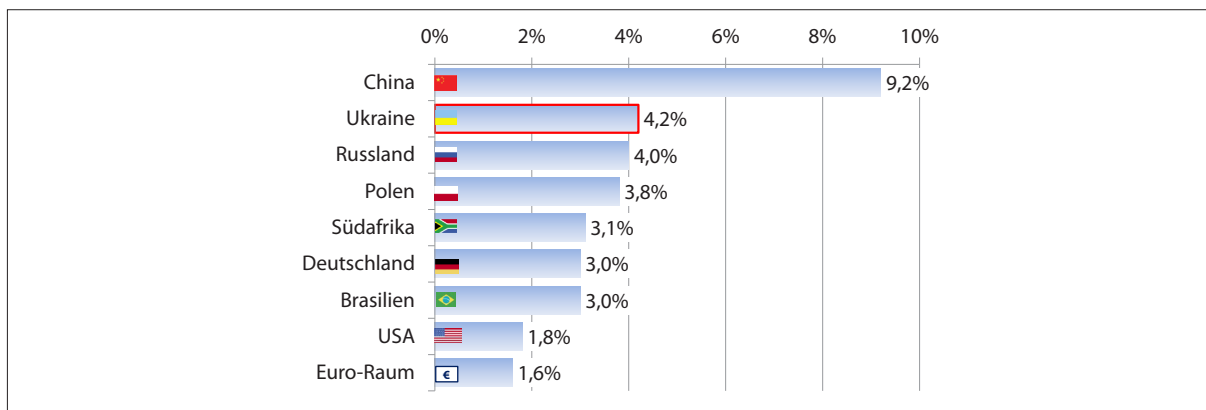
Darüber hinaus soll offenbar mit dem Hofieren der Mohyla-Akademie sowie anderer national engagierter Institutionen und Personen durch ausgewählte Regierungsvertreter die ukrainische Intelligenzija gespalten werden. Bestimmte oppositionelle Gruppierungen werden kaltgestellt, während andere Intellektuelle und Politiker gezielt inkorporiert werden. Diese Rechnung scheint teilweise aufzugehen. So wurde z. B. der Akademie-Präsident Kvit von oppositionell eingestellten Intellektuellen wegen seiner Kontakte zur Präsidentschaftsverwaltung der Kollaboration mit dem autoritären Regime sowie der moralischen Korrumpierung der Akademie beschuldigt. Das Regime nutzt geschickt den Hang der ukrainischen Intelligenzija zur Selbsterfleischung und Spiegelfechtere. Es versucht die Intellektuellen gemäß dem Motto »divide et impera« im Zaum zu halten. Einander kritisierende und korrigierende Regierungsvertreter inszenieren ein »Good Cop/Bad Cop«-Spiel, mit dem Institutionen wie die Mohyla-Akademie gefügig gemacht werden sollen.

Fazit

Die jüngsten Schwierigkeiten der Mohyla-Akademie sind Symbole und Symptome des sich wandelnden Politikstils in der Ukraine seit dem Frühjahr 2010. Gleichzeitig illustrieren der Konflikt und die immer wieder verzögerte Annahme eines neuen Hochschulgesetzes die Unentschiedenheit der gesellschaftspolitischen Zukunft der Ukraine. Bei aller Frustration über diese und ähnliche Eingriffe der Regierung in die Zivilgesellschaft und den Wissenschaftsbetrieb sowie Konflikte darum, darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass das bloße Faktum einer derartigen Auseinandersetzung auch Zeugnis für einen lebendigen Dritten Sektor, eine selbstständige Intellektuellenschicht und eine nach Autonomie strebende Wissenschaftlergemeinschaft in der Ukraine ist.

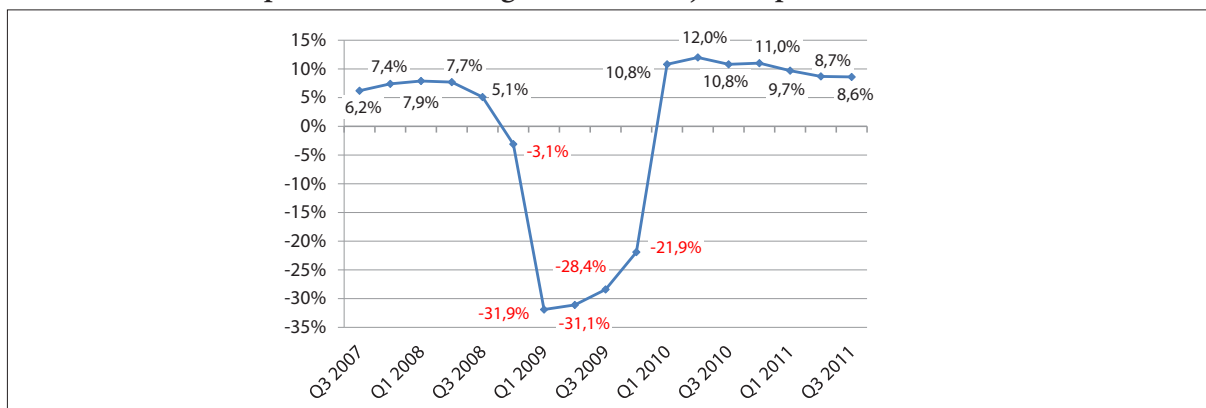
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr



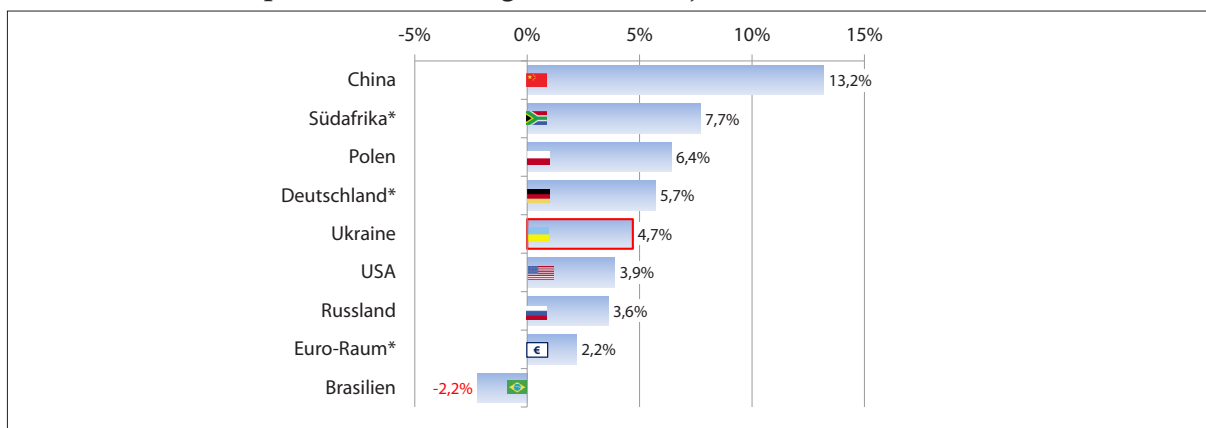
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/node/21541458>, 10.12.2011.

Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresquartal



Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

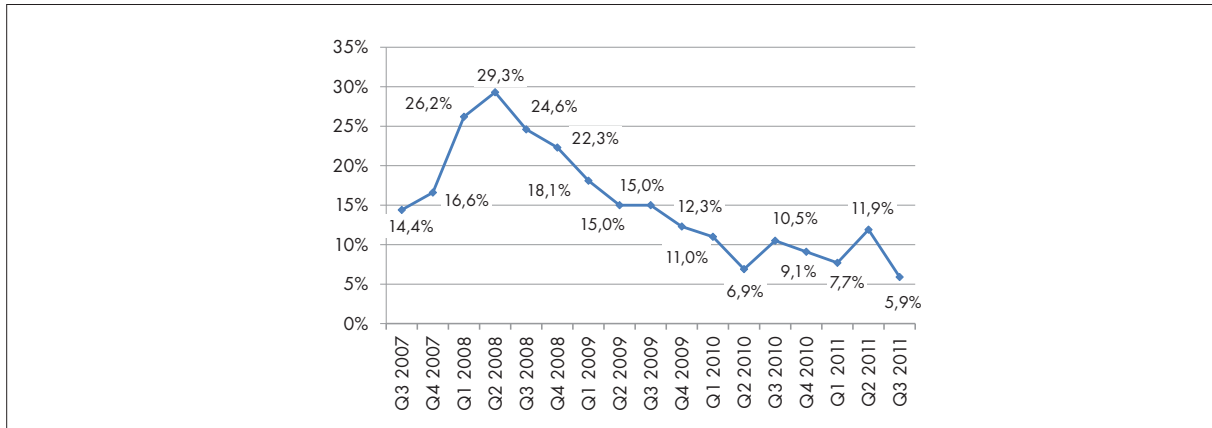
Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat



Anmerkung: Angaben für Oktober 2011, *= September 2011.

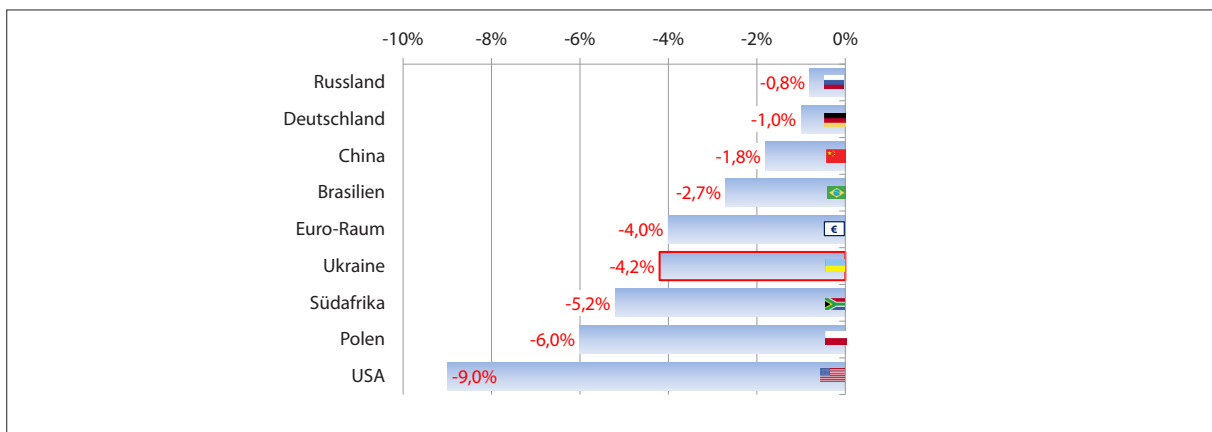
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/node/21541458>, 10.12.2011.

Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresquartal (Konsumentenpreise)



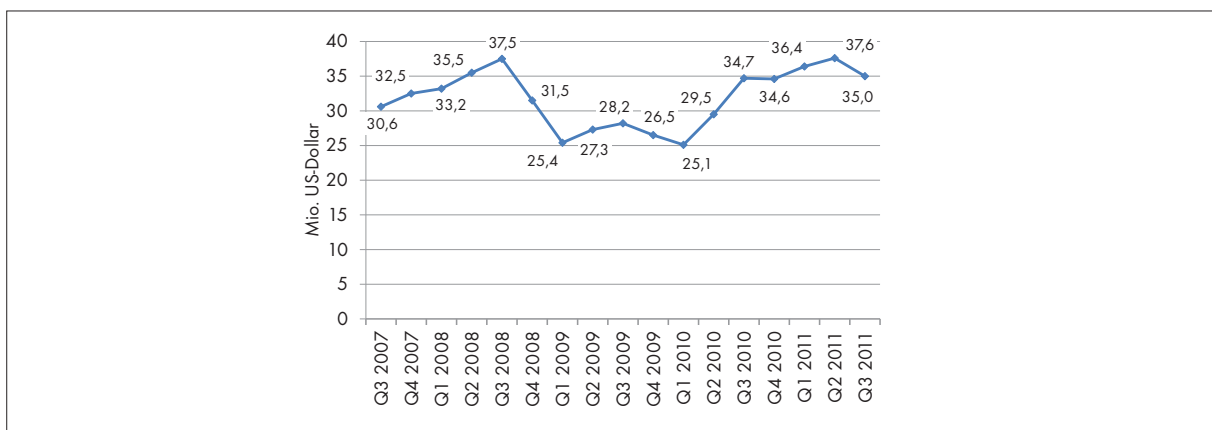
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2011)



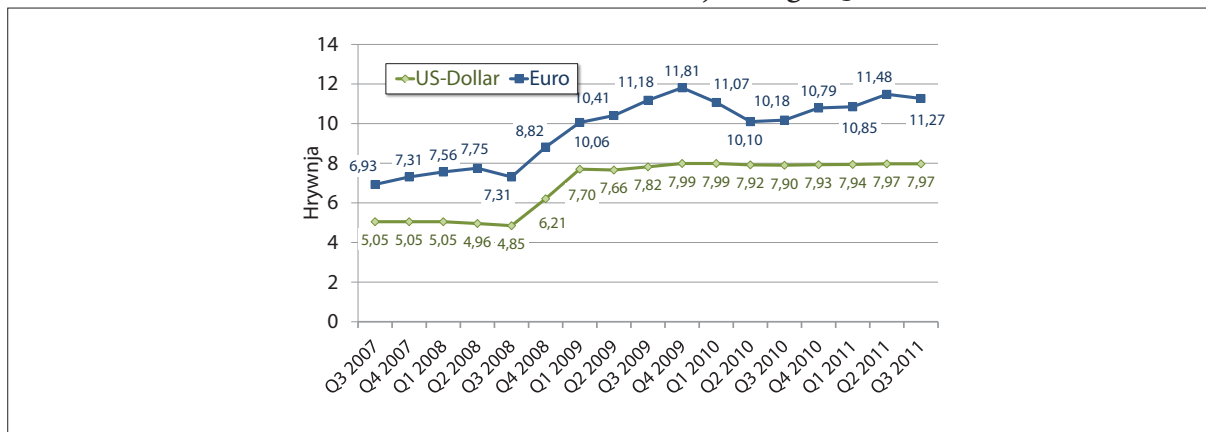
Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/node/21541454>, 10.12.2011.

Grafik 6: Devisenreserven in Mio. US-Dollar



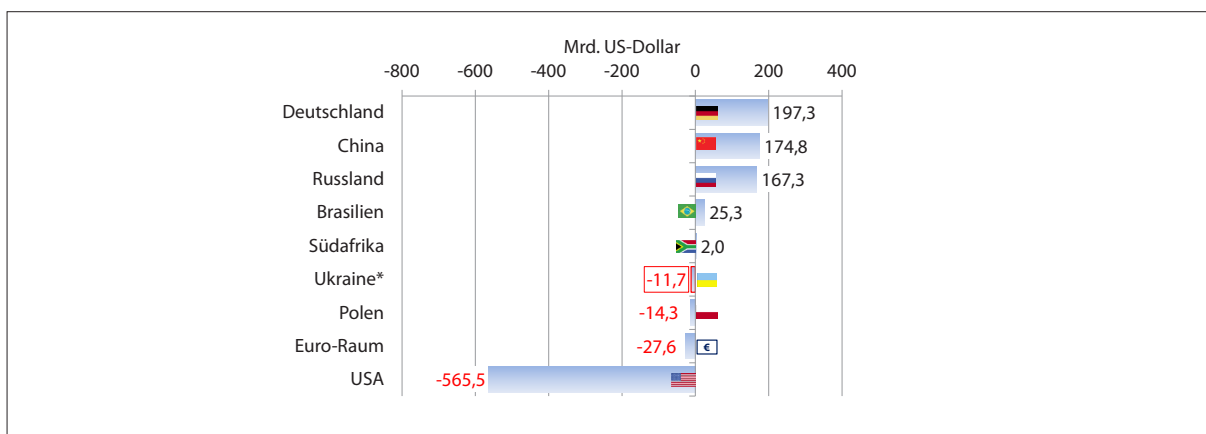
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting.

Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting.

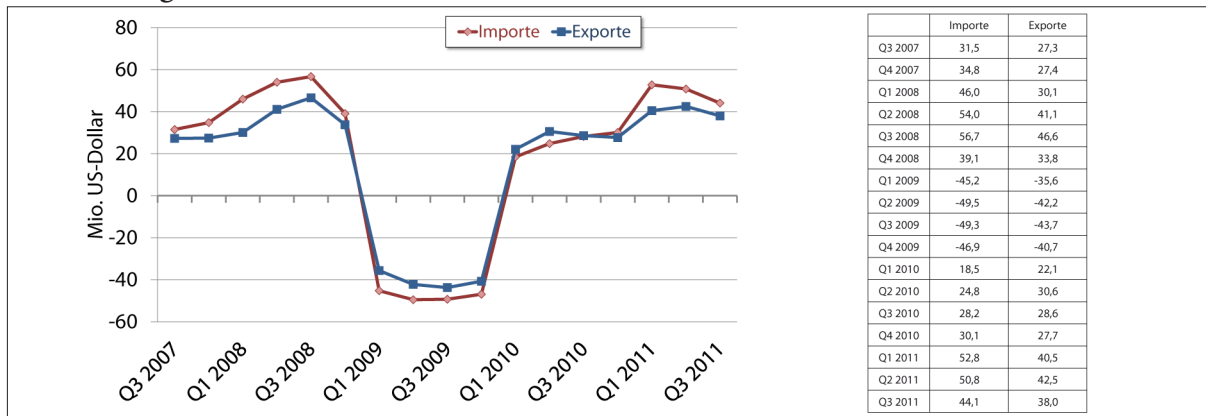
Grafik 8: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Zahlen für Juni 2011, *= 2. Quartal 2011.

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com>

Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (gemessen in Mio. US-Dollar, %)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting.

Vom 9. November bis 13. Dezember 2011

9.11.2011	Die Regierung beschließt, den neuen Flughafen in Lwiw nach Danylo Halyzkyj, dem Stadtgründer, zu benennen. Zunächst war vom Stadtrat auf Initiative der nationalistischen Partei Freiheit der Name Stepan Bandera vorgeschlagen worden.
9.11.2011	Die Regierung unterstützt das Programm zum Bau von Kriegsschiffen. Bis 2022 sollen vier Schiffe für umgerechnet 1,5 Mrd. Euro gebaut werden. Weitere 500 Mio. Euro werden für die Modernisierung der Basen benötigt.
9.11.2011	Der Anwalt der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, Serhij Wlasenko, sagt, dass sich der Gesundheitszustand seiner Mandantin verschlechtert habe und sie sich aufgrund eines Rückenleidens nicht mehr selbst bewegen könne.
10.11.2011	Der serbische Präsident Boris Tadić kommt zu einem offiziellen Besuch nach Kiew. Er bedankt sich bei Präsident Wiktor Janukowytsch für die Nicht-Anerkennung des Kosovo durch die Ukraine. Des Weiteren wird die Schaffung einer Freihandelszone diskutiert.
11.11.2011	In Brüssel findet die Abschlussrunde der Gespräche über das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine statt. Beide Seiten sprechen von erfolgreichen Verhandlungen, wenngleich die Aufnahme der Beitrittsperspektive in den Vertrag noch nicht entschieden wurde.
11.11.2011	Ein auf Initiative des Richterrates der Ukraine durchgeführtes Monitoring der richterlichen Unabhängigkeit zeigt, dass ein Fünftel der Richter Druck vonseiten der Exekutive verspürt und 57 % den Justizrat nicht für ein unabhängiges Organ halten.
11.11.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft gibt neue Vorwürfe gegen die bereits zu sieben Jahren Haft verurteilte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko bekannt. Sie habe als Chefin der Vereinigten Energiesysteme in den 1990er Jahren u. a. 122 Mio. Euro nicht versteuert.
15.11.2011	In Donezk nehmen 41 Menschen, darunter viele Tschernobylveteranen, einen Hungerstreik auf. Sie protestieren neben dem Gebäude der Regionalverwaltung des Rentenfonds für die vollständige und rechtzeitige Auszahlung ihrer Renten.
15.11.2011	Das Parlament nimmt Änderungen am Strafgesetzbuch vor und entkriminalisiert damit bestimmte Wirtschaftsverbrechen. Der Paragraph aber, nach dem die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko verurteilt wurde, wird nicht abgemildert. Die Partei der Regionen, der Block Lytwyn und die Kommunistische Partei hatten sich geschlossen gegen diese Änderung ausgesprochen. Der Block Tymoschenko verlässt aus Protest den Sitzungssaal.
15.11.2011	In Wrocław trifft Präsident Wiktor Janukowytsch mit seinen Amtskollegen Christian Wulff und Bronisław Komorowski zusammen. Wulff sagt, dass eine Annäherung der Ukraine an die EU nur mit mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Land möglich sei.
17.11.2011	Der Auswärtige Ausschuss des Europaparlaments empfiehlt, so schnell wie möglich den Assoziierungsvertrag mit der Ukraine abzuschließen.
17.11.2011	Das Parlament nimmt ein neues Wahlgesetz an. Die Wahlkampfzeit wird damit von 120 auf 90 Tage verkürzt, die Teilnahme von Wahlblöcken wird verboten und die Sperrklausel wird von 3 % auf 5 % erhöht. Die Parlamentswahlen finden von nun an nach dem gemischten Wahlsystem statt. Die bisherige Möglichkeit für »keinen Kandidaten«/»keine Partei« zu stimmen, wird aufgehoben. Tags darauf begrüßt die Europäische Union, dass in dem neuen Wahlgesetz einige Vorschläge der Venedig-Kommission berücksichtigt wurden und kritisiert, dass andere vernachlässigt wurden. Das Gesetz wird am 8.12.2011 von Präsident Wiktor Janukowytsch unterschrieben.
18.11.2011	Das Kiewer Kreisverwaltungsgericht untersagt Massenveranstaltungen zum siebten Jahrestag der Orangen Revolution am 21./22. November 2011 im Zentrum der Hauptstadt.
21.11.2011	Abgeordnete des Europaparlaments sprechen mit dem Stellvertretenden Generalstaatsanwalt Rinat Kusmin über die Vorwürfe, die gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko erhoben werden.
21.11.2011	Etwa 1.000 Anhänger oppositioneller Parteien demonstrieren in Donezk für eine »Ukraine ohne Janukowytsch«.
22.11.2011	Trotz Demonstrationsverbot wird der Tag der Freiheit zum siebten Jahrestag der Orangen Revolution in Kiew begangen. Zunächst versammeln sich die Anhänger nationalistischer Organisationen. Später kommen ca. 3.000 Anhänger oppositioneller Parteien vor dem Lukjaniw-Gefängnis zusammen, in dem die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und der ehemalige Innenminister Jurij Luzenko inhaftiert sind.
22.11.2011	Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė äußert bei einem Besuch bei Präsident Wiktor Janukowytsch Kritik an dem Prozess gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, lobt aber auch das hohe Maß an Meinungsfreiheit in der Ukraine. Nach dem Treffen ordnet Janukowytsch an, dass Tymoschenko von einem Arzt außerhalb des Gefängnisses untersucht wird. Tags darauf bestätigt Gesundheitsminister Aleksandr Anischtschenko die Durchführung der Untersuchung.

23.11.2011	Das Donezker Kreisverwaltungsgericht kommt einem Antrag der Donezker Stadtverwaltung nach, die Protestaktionen der ehemaligen Arbeiter aus Tschernobyl für eine Auszahlung ihrer Pensionen und höhere Sozialleistungen aufgrund von Terrorgefahr zu verbieten. Derzeit demonstrieren ca. 60 Menschen, von den sich 40 in Hungerstreik befinden. In Kiew beschließt die Regierung eine Verdopplung der Pensionen und Entschädigungsrenten für die Liquidatoren von Tschernobyl ab 2012. Die zusätzlichen Mittel sollen durch eine Reichensteuer und Abgaben auf Offshore-Geschäfte eingenommen werden.
23.11.2011	Auf private Einladung des Oligarchen und Besitzers des Fußball-Clubs Schachtar, Rinat Achmetow, reisen die Außenminister Polens und Schwedens, Radosław Sikorski und Carl Bildt, zu einem Spiel von dessen Mannschaft gegen Porto.
24.11.2011	Der Richterrat der Verwaltungsgerichte schlägt dem Justizrat die Kandidatur Ihor Temkyschews für das Amt des Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichts vor. Er ist seit einer Woche bei diesem Gericht beschäftigt. Am 30.11. wird er einstimmig vom Justizrat ins Amt gewählt. Dieses Gericht würde z. B. im Fall von Klagen gegen eine Parlamentswahl angerufen werden.
24.11.2011	In ukrainischen Medien taucht die Nachricht auf, Präsident Wiktor Janukowytsch werde am 19.12. nach Moskau zu einer Sitzung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft reisen. Für diesen Tag war bisher ein Treffen zum Assoziierungsabkommen mit der EU vorgesehen. Janukowytsch erklärt daraufhin, er werde da sein, wo es nötig ist. Fünf Tage später gibt das Außenministerium bekannt, dass die Verhandlungen mit der EU beim Präsidenten fest eingeplant seien.
26.11.2011	In der Ukraine wird der Tag des Gedenkens an den Holodomor (Hungersnot von 1932/33) begangen. An den offiziellen Feierlichkeiten in Kiew nehmen 5.000 Menschen teil.
27.11.2011	Bei der Räumung der Zeltstadt der in Hungerstreik getretenen Protestierenden vor der Regionalverwaltung des Rentenfonds in Donezk stirbt ein Mann. Die Regionalverwaltung erklärt, er sei eines natürlichen Todes gestorben. Am Folgetag versammeln sich abermals die Tschernobyl-Liquidatoren, aber auch Hunderte Rentner, die sich »Union der betrogenen Anleger« nennen. Sie fordern von verschiedenen Kreditinstituten ihr Geld zurück und sprechen sich gegen die Erhöhung der Tarife für kommunale Dienstleistungen aus. Um eine Resolution zu übergeben durchbrechen sie mit Mistgabeln in der Hand eine Polizeikette und dringen in die Empfangshalle der Regionalverwaltung ein.
27.11.2011	Etwas 5.000 Menschen versammeln sich vor dem Lukjaniv-Gefängnis in Kiew und gratulieren der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko im Chor zu ihrem 51. Geburtstag.
28.11.2011	Der polnische Präsident Bronisław Komorowski besucht seinen Amtskollegen Wiktor Janukowytsch in Kiew. Nach den Gesprächen kündigt Janukowytsch eine Verbesserung der Haftbedingungen für die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko an.
29.11.2011	Neben dem Regierungsgebäude in Kiew versammeln sich Tschernobyl- und Afghanistanveteranen sowie Anhänger verschiedener Organisationen und Parteien und belagern das Regierungsgebäude. Die insgesamt ca. 5.000 Menschen demonstrieren für eine Erhöhung der Sozialleistungen und fordern die Regierung auf, die Verantwortung für den Tod eines Demonstranten in Donezk am 27.11. zu übernehmen. Es kommt mehrfach zu Zusammenstößen mit der Miliz. Auch in Donezk demonstrieren abermals die Tschernobylveteranen und die »Betrogenen Anleger«.
29.11.2011	Der Geschäftsmann Dmytro Firtasch wird zum Vorsitzenden der Föderation der Arbeitgeber der Ukraine gewählt. In den darin vertretenen Unternehmen arbeiten ca. 8 Mio. der 21 Mio. Arbeitnehmer.
30.11.2011	Der ehemalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident der Krim, Anatolij Mohyljow, wird einstimmig zum Vorsitzenden der Regionalorganisation der Partei der Regionen auf der Krim gewählt.
30.11.2011	Beim Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft in Poznań wird ein Ranking der sechs Partnerländer zur EU-Integration vorgestellt. Die bisher als Vorreiter geltende Ukraine nimmt nur den dritten Platz nach Moldawien und Georgien ein.
30.11.2011	Die Regierung räumt ein, dass der Pensionsfonds in diesem Jahr mit einem Defizit von 2,9 Mrd. Euro schließen wird. Noch im September war eine ausgeglichene Bilanz für wahrscheinlich angesehen worden.
30.11.2011	Das Kiewer Kreisverwaltungsgericht verbietet Demonstrationen auf den zentralen Straßen und Plätzen Kiews. 40 ehemalige Arbeiter des Atomkraftwerks in Tschernobyl treten in den Hungerstreik, um für die vollständige und rechtzeitige Auszahlung ihrer Renten zu demonstrieren. Ministerpräsident Mykola Asarow erklärt, die Regierung wolle nun jeden Einzelfall prüfen, denn der Staat habe schlichtweg nicht die Mittel, um die gesetzlich festgelegten Renten auszuzahlen.
1.12.2011	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der ein schnellstmöglicher Abschluss der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen gefordert wird, allerdings müsse sich Kiew umgehend um seine Demokratiedefizite kümmern. Erwähnung findet auch Russland, das die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine torpediere. Festgehalten wird weiterhin der Wille, die Ukraine bei der Reform der Verfassung und der Wahlgesetze zu unterstützen. Präsident Wiktor Janukowytsch und das Außenministerium begrüßen die Resolution, weil in ihr die Beitrittsperspektive erwähnt wird.

1.12.2011	Die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) ruft die Ukraine auf, ihre Antikorruptions-Gesetzgebung zu verbessern und die Parteienfinanzierung transparenter zu gestalten. Im Corruption Index von Transparency International ist die Ukraine im Vergleich zum Vorjahr um 18 Plätze gefallen und teilt sich nun Platz 152 mit Tadschikistan und Uganda. Am 5.12.2011 wird bekannt, dass die Präsidentschaft die Schaffung eines unabhängigen Organs für Antikorruptionspolitik, die auch Bedingung für die Visaliberalisierung mit der EU ist, auf unbestimmte Zeit verschiebt.
3.12.2011	Die Partei Front der Veränderung legt im Beisein von 5.000 Protestanten 1 Mio. Unterschriften gegen die Präsidentschaft Wiktor Janukowytchs vor. Die Unterschriftensammlung hatte kurz nach der Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko begonnen.
5.12.2011	Bei den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Streitkräfte der Ukraine weist Präsident Wiktor Janukowytch die Regierung an, die Sozialstandards für die Armeeingehörigen jedes Jahr zu erhöhen.
6.12.2011	Die Opposition blockiert die Rednertribüne im Parlament und fordert die Aufhebung des Paragraphen, nach dem die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko verurteilt wurde. Der Fraktionsführer von Block Tymoschenko/Vaterland, Iwan Kyrylenko, verspricht, im Gegenzug würde man unpopuläre Gesetzesvorhaben der Regierung unterstützen. Kurze Zeit später erklärt die Fraktion, das sei lediglich seine persönliche Meinung. Tags darauf reicht der seit 2007 amtierende Kyrylenko seinen Rücktritt ein und sein bisheriger erster Stellvertreter Andrij Koschmajakyn wird Fraktionsführer. Er setzt den Protest im Sitzungssaal fort.
7.12.2011	Das Parlament ratifiziert das Freihandelsabkommen mit Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz.
7.12.2011	Zu den neuen Vorwürfen wegen Veruntreuung in ihrer Funktion als Direktorin der Vereinigten Energiesysteme wird die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko direkt in ihrer Gefängniszelle vernommen. Es wird eine zweimonatige Untersuchungshaft verhängt. Der Leiter der EU-Vertretung in der Ukraine, José Manuel Pinto Teixeira und die Menschenrechts-Ombudsfrau des ukrainischen Parlaments, Nina Karpatschewa, kritisieren das Vorgehen, weil eine Sitzungsverlagerung ins Gefängnis der EU-Menschenrechtskonvention widerspreche.
8.12.2011	Zwischen Serbien und der Ukraine tritt das Abkommen über den visafreien Grenzverkehr in Kraft.
9.12.2011	Das Verfahren gegen den ehemaligen ersten stellvertretenden Justizminister Jewhen Kornijtschuk wird auf Antrag der Verteidigung eingestellt. Er war am 23.12.2010 wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch verhaftet worden. Am 15.2.2011 wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, durfte aber bisher das Land nicht verlassen.
10.12.2011	In Simferopol demonstrieren ca. 2.000 Krimtataren für die Wiederherstellung ihrer Rechte, insbesondere ihres Rechts auf Land.
11.12.2011	Der Pressedienst der Donezker Gebietsverwaltung erklärt, dass ca. 90.000 Euro für die Bedürfnisse der Tschernobylveteranen bereitgestellt werden. Kurz zuvor hatten die meisten Protestierenden die Zeltstadt verlassen und das letzte Zelt war geräumt worden.
12.12.2011	EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle trifft sich zu einem dreistündigen Gespräch mit Präsident Wiktor Janukowytch in Kiew und besucht danach die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko im Gefängnis.
13.12.2011	In Kiew beginnt vor dem Appellationsgericht die Berufungsverhandlung gegen das Urteil im Fall Tymoschenko. Vor dem Gericht demonstrieren ca. 1.000 Anhänger der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, die zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, und zerstören das Schloss am Einfahrtstor. Tymoschenko selbst nimmt aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Verhandlung teil.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de